



Perspektive Teilhabe

Das Projekt „Perspektive Teilhabe: Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit – Ermöglichung von gesellschaftlicher Teilhabe für Geflüchtete“ wird von „Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e. V.“ seit April 2016 umgesetzt und arbeitet bis Sommer 2019. Durch Analysen, Schulungen und Vernetzungsaktivitäten werden die Potenziale des Konzeptes der gesellschaftlichen Teilhabe und der politischen Bildung für Freiwillige in der Arbeit mit Geflüchteten entwickelt.

„Perspektive Teilhabe“ wird durch die Bundeszentrale für politische Bildung und die Robert Bosch Stiftung gefördert.

Mehr Informationen unter <https://minor-kontor.de/de/projekte/perspektive-teilhabe>.





Working Paper I des Projekts Perspektive Teilhabe

Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten

Forschungsstand zum freiwilligen Engagement mit Geflüchteten
unter Aspekten gesellschaftlicher Teilhabe und politischer Bildung

Berlin, Dezember 2016

Gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert Bosch Stiftung



Robert Bosch **Stiftung**

Inhaltsverzeichnis

1.	EINLEITUNG	5
2.	BEDEUTUNG DES FREIWILLIGEN ENGAGEMENTS IN DER GEFLÜCHTETENARBEIT	7
3.	DIE FREIWILLIGEN UND ORGANISATIONSSTRUKTUREN DER FREIWILLIGENARBEIT	10
4.	TÄTIGKEITSFELDER DER FREIWILLIGEN IN DER GEFLÜCHTETENARBEIT	13
5.	MOTIVATION ZU FREIWILLIGER ARBEIT MIT GEFLÜCHTETEN	15
6.	HERAUSFORDERUNGEN UND BEDARFE IN DER GEFLÜCHTETENARBEIT	17
7.	GESELLSCHAFTLICHE TEILHABE GEFLÜCHTETER MENSCHEN	19
8.	FREIWILLIGES ENGAGEMENT GEFLÜCHTETER MENSCHEN	23
9.	ZUSAMMENFASSUNG	25
10.	LITERATURVERZEICHNIS	28
11.	IMPRESSUM	32

1. Einleitung

Im vorliegenden ersten Working Paper des Projektes „Perspektive Teilhabe“ werden Studien und Veröffentlichungen zu freiwilliger Arbeit mit geflüchteten Menschen vorgestellt. Es bietet einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung (bis einschließlich August 2016) und stellt den theoretischen Ausgangspunkt dafür dar, konzeptionelle Vorschläge für die politische Bildung in diesem Feld abzuleiten. Der Fokus liegt dabei auf Aspekten der gesellschaftlichen Teilhabe. Sieben Leitfragen gliedern die Analyse:

- Was ist die Bedeutung der freiwilligen Arbeit mit geflüchteten Menschen?
- Wer sind die Freiwilligen und in welchen Strukturen agieren sie?
- In welchen Tätigkeitsfeldern sind die Freiwilligen aktiv?
- Was motiviert die Freiwilligen, sich für Geflüchtete zu engagieren?
- Was sind die Herausforderungen und Bedarfe der freiwilligen Arbeit?
- Inwiefern ist gesellschaftliche Teilhabe als Leitmotiv freiwilligen Engagements und für die Lebenswelt geflüchteter Menschen relevant?
- Welches freiwillige Engagement bringen geflüchtete Menschen selbst ein?

Die Fragen werden mithilfe der ausgewerteten Forschungsliteratur beantwortet und die Ergebnisse mit ersten Schlussfolgerungen für die Praxis politischer Bildung verknüpft.

Die Erfahrungen und Lebensumstände nach Deutschland geflüchteter Menschen sind bisher kaum beforscht worden. Der Fokus eines Großteils der Studien im Kontext von Zuwanderung liegt auf der Integration Zugewanderter in die deutsche Gesellschaft, insbesondere in den Arbeitsmarkt. Aspekte gesellschaftlicher Teilhabe, die auf soziale und politische Partizipation abstellen, wurden demgegenüber bisher wenig untersucht. Dies mag einerseits methodische Gründe haben: Geflüchtete sind eine schwierig zu erreichende Zielgruppe, sie leben meist erst seit Kurzem in Deutschland und ihre Zusammensetzung und Lebensbedingungen ändern sich rasch, was bspw. eine repräsentative Auswahl erschwert. Das Konzept der Teilhabe zeichnet sich darüber hinaus gerade dadurch aus, eine Vielzahl von Dimensionen gesellschaftlicher Inklusion und Partizipation zu erfassen, was es zusätzlich schwerer macht, vergleichbare Daten zu erheben. Dass zur Arbeitsmarktintegration Zugewanderter und Geflüchteter die meisten Erkenntnisse vorliegen, hat neben dem öffentlichen und politischen Interesse an diesem Themengebiet auch mit der guten Verfügbarkeit statistischer Daten zu tun. Dieser Aspekt von Teilhabe soll allerdings keinen Schwerpunkt dieses Working Papers bilden. Da sich derzeit eine Vielzahl von Forschungsprojekten¹ mit Geflüchteten in Deutschland und insbesondere

¹ Entsprechende Forschungsprojekte verfolgen u. a. das „Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung“ (BIM) (z. B. Geflüchtete Familien in Deutschland (GeFam), Laufzeit bis 12/2019), das „Institut für Migrationsforschung und Interkulturelle Studien“ (IMIS) an der Universität Osnabrück (z. B. Arbeitsbereich »Flucht« und »Flüchtlinge«: Bedingungen, Formen und Folgen von Gewaltmigration), der Forschungsbereich des „Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Migration und Integration“ (SVR) (Von der Aufnahme zu gesellschaftlicher Teilhabe: Die Perspektiven der Flüchtlinge auf ihre Lebenslagen in Deutschland) und verschiedene Projekte im Rahmen des „Netzwerk Flüchtlingsforschung“.

auch mit ihren individuellen Lebenslagen und Teilhabemöglichkeiten befasst, ist zu erwarten, dass zu diesem Themenfeld in 2017 einige Projekte neue Ergebnisse publizieren werden.

Das Working Paper ist theoretischer Ausgangspunkt einer Reihe von Veröffentlichungen des Projektes „Perspektive Teilhabe“, die sich damit auseinandersetzen, wie in der Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten gesellschaftliche Teilhabe verhandelt und erprobt wird. Das Konzept gesellschaftliche Teilhabe, so die Ausgangsthese dieses Working Papers, stellt sowohl auf theoretischer wie auf praktischer Ebene eine sinnvolle Ergänzung des im deutschen Migrationsdiskurs vorherrschenden Integrationsgedankens dar, indem es die Ansprüche der Zugewanderten, die Gesellschaft mitgestalten zu können, in den Fokus rückt. Zivilgesellschaftliches Engagement kann Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe sein. Für den gesellschaftlichen Zusammenhalt im Einwanderungsland Deutschland wird es wichtig sein, insbesondere auch zugewanderten und geflüchteten Menschen Möglichkeiten der Partizipation zu eröffnen. Dazu kann freiwilliges Engagement ein Weg sein. Politische Bildung kann dabei helfen, demokratische Selbstverständnisse, Werte, Normen und Verfahren verständlich zu machen und in der Arbeit bürgerschaftlich Engagierter mit und ohne Fluchterfahrung als gelebte Alltagspraxis zu etablieren.

Im Folgenden werden sowohl die Bezeichnung Freiwillige als auch bürgerschaftlich bzw. zivilgesellschaftlich Engagierte verwendet. Der Begriff des Ehrenamts, der in vielen Veröffentlichungen von den vorherigen Begriffen nicht unterschieden wird, scheint dagegen im Kontext dieses Working Papers (außer dort, wo der Unterschied zwischen Hauptamtlichen und Freiwilligen betont wird) nicht geeignet zu sein. Er steht eher in der Tradition großer Verbände oder Organisationen und verweist auf eine Unterscheidung zwischen haupt- und ehrenamtlichen Strukturen. Die Aspekte Ehre und Amt implizieren darüber hinaus eine strukturelle Wertschätzung der Arbeit in festen Strukturen, die als „ehrenhaft“ angesehen wird. Damit geht oft eine spezifische Motivation einher, nämlich sich als Teil einer Gemeinschaft von Gleichgesinnten in festen Strukturen zu organisieren und dafür institutionalisierte Formen der Anerkennung zu erhalten. Diese Einengung erscheint im Kontext der Freiwilligenarbeit mit Geflüchteten nicht sinnvoll, da hier das Engagement sowohl innerhalb als auch zu einem großen Teil außerhalb etablierter Organisationen geleistet wird. Darüber hinaus werden statt der Bezeichnungen Flüchtling oder Asylbewerber die Begriffe Geflüchtete oder geflüchtete Menschen verwendet. Erstere stellen die betroffenen Personen in Beziehung zu rechtlichen Kategorien der Genfer Flüchtlingskonvention. Viele Adressaten der Freiwilligenarbeit sind jedoch keine anerkannten Flüchtlinge sondern Geduldete, befinden sich noch im Asylverfahren oder streben dies möglicherweise gar nicht an. Eine Unterscheidung kann an dieser Stelle verfälschend sein.

2. Bedeutung des freiwilligen Engagements in der Geflüchtetenarbeit

Außergewöhnlich viele in Deutschland lebende Menschen haben sich in den letzten Jahren für Geflüchtete engagiert. Angesichts der großen Zahl ankommender Menschen hat sich mehr als jede zehnte Person in Deutschland in den letzten Jahren für geflüchteten Menschen eingesetzt – mittels Geld- und Sachspenden oder in freiwilliger Arbeit (Ahrens 2016: 23). Neben den direkten Folgen für die Adressatinnen und Adressaten der Hilfe haben sich wissenschaftliche Veröffentlichungen auch mit der Bedeutung dieses Engagements für die Gesellschaft auseinandergesetzt.

Freiwilliges Engagement fördert Demokratie und gesellschaftlichen Zusammenhalt

Grundsätzlich ist freiwilliges Engagement eine Möglichkeit, sich am gesellschaftlichen Leben zu beteiligen und dieses auch zu gestalten. Es kann also als ein Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe betrachtet werden. Dazu fungiert es als Stütze des Gemeinwohls und wirkt demokratiefördernd (Putnam & Alone 1995: 65ff. zit. in Uslucan 2015: 29). Beispielsweise können Aushandlungs- und Entscheidungsprozesse in Vereinen und Initiativen dazu beitragen, die demokratische Diskussionskultur zu stärken. Hier kann politische Bildung ansetzen und die Akteure in ihren Aktivitäten unterstützen. Politische Bildung hat u. a. den Auftrag, eine kritische Reflektion über „Gesellschaft“ zu fördern sowie ein partizipatives Verständnis von Demokratie zu vermitteln und vor allen Dingen erlebbar zu machen. Den Zielgruppen politischer Bildung soll der Zugang zu politischen Informationen eröffnet und demokratische Praxis nähergebracht werden. Niedrigschwellige Methoden und alltagsnahe Inhalte, wie bspw. die häufig kollektiven Entscheidungsprozesse der organisierten Freiwilligen, bieten dafür gute Anknüpfungspunkte. Basierend auf den Erfahrungen der zivilgesellschaftlich Engagierten kann deren Handeln reflektiert und mit Demokratie als gelebter Alltagspraxis verknüpft werden.

Darüber hinaus fördert ehrenamtliches Engagement (sowohl von Geflüchteten selbst als auch mit ihnen) den gesellschaftlichen Zusammenhalt (Halm 2011: 14ff. zit. in Uslucan 2015: 29). Vor diesem Hintergrund erscheint es sinnvoll, insbesondere Neuzugewanderten niedrigschwellige Möglichkeiten freiwilligen Engagements zu eröffnen. Dazu sind die Organisationen der Zivilgesellschaft gefragt, auf unterrepräsentierte und von Ausgrenzung bedrohte Gruppen zuzugehen, um Barrieren für Teilhabe und Mitgestaltung abzubauen. In diesem Öffnungsprozess können sie von Akteuren der politischen Bildung² unterstützt werden.

² Im Folgenden werden als Akteure der politischen Bildung sowohl die einzelnen Bildnerinnen und Bildner als auch die Institutionen, in denen sie tätig sind, bezeichnet. Dies sind bspw. Initiativen und Vereine, Bildungswerke, politische Akademien, Volkshochschulen, kirchliche/konfessionelle Akademien, Einrichtungen der gewerkschaftlichen politischen Bildung, Akademien der parteinahen Stiftungen, die Landes- und Bundesverbände politischer Bildung, der Bundesausschuss Politische Bildung etc. Es wird aufgrund der universellen Natur der konzeptionellen Vorschläge an „die politische Bildung“ im Folgenden darauf verzichtet, diese Gruppe im Einzelfall näher zu spezifizieren.

Eine Einwanderungsgesellschaft braucht Räume der Begegnung

Inbesondere in der Arbeit mit geflüchteten Menschen ist es wichtig, diesen Prozess nicht als zweitrangig zu begreifen, geht es doch darum, die lokalen Lebensbedingungen und die Gesellschaft von morgen gemeinsam zu gestalten. Dazu müssen Begegnungen zwischen Menschen mit und ohne Fluchterfahrung „auf Augenhöhe“ stattfinden (Roth 2016: 2) – als eine vorurteilsfreie Beziehung von gegenseitiger Wertschätzung, die ausgeht von einer Akzeptanz gesellschaftlicher Vielfalt. Hier liegt ein großes Potenzial des ehrenamtlichen Engagements, das durch seine Diversität und Verbreitung in der Zivilgesellschaft und darüber hinaus dazu beitragen kann, das Selbstverständnis einer Einwanderungsgesellschaft zu etablieren (Hammann et al. 2016: 13).

Eine wichtige Frage ist, ob es nach jahrelangen einseitigen Aufforderungen an Zugewanderte sich zu integrieren, nun im Kontext der sogenannten „Willkommenskultur“ zu einem Perspektivwechsel kommen wird. Denn Einwanderung kann auch für die Menschen und Institutionen des Ziellandes nicht folgenlos bleiben (ebd.: 12f.). Dies ist eine Grundvoraussetzung für das Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland. Gleichzeitig wird aber der Wunsch nach einer homogenen Gesellschaft im Kontext der Zuwanderung der letzten Jahre, sowohl von geflüchteten Menschen als auch im Rahmen der EU-Freizügigkeit, wieder lauter (Zick & Preuß 2016: 25).

Das freiwillige Engagement mit geflüchteten Menschen schafft Begegnungsräume, doch ist nicht gesagt, wie diese Räume genutzt werden – ob von ihnen aus die Akzeptanz von Heterogenität in die Gesellschaft getragen wird oder Vorurteile bestätigt werden. Politisch Bildende können die zivilgesellschaftlich Engagierten im Prozess der Selbstreflexion unterstützen, ihre eigenen Vorstellungen von einem Zusammenleben in Vielfalt zu hinterfragen und sie nach außen hin als mögliche Partner begreifen, mit denen eine inklusive Gesellschaft gestaltet werden kann (Krüger & Stognienko 2016: 85).

Kommunale Wirkungen: freiwilliges Engagement als „Brücke zur Aufnahmegesellschaft“

Das bürgerschaftliche Engagement für Geflüchtete hat in vielen Kommunen dazu beigetragen, die Haltung einer „ambivalenten Mitte“, die den durch die Neuankömmlinge anstehenden Veränderungen grundlegend skeptisch gegenüberstand, zum Positiven zu beeinflussen (Aumüller et al. 2015: 85f.). Es verbessert die Wahrnehmung der Geflüchteten vor Ort, indem es durch eine bessere Unterbringung und Betreuung ihre soziale Integration fördert und einer Stigmatisierung vorbeugt. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass 86 Prozent der Kommunen die Unterstützung durch die Ehrenamtlichen als „sehr wichtig“ einschätzen, die verbleibenden 14 Prozent als „wichtig“. Ohne die ehrenamtlich Helfenden wären allein die organisatorischen Herausforderungen der Zuwanderung von staatlicher Seite kaum zu

stemmen gewesen (Institut für Demoskopie Allensbach 2016: 35).

Auch positiv besetzte Begegnungsmöglichkeiten (etwa Sport- und Nachbarschaftsfesten sowie Patenschaften) tragen dazu bei, dass Ressentiments gegenüber Neuankömmlingen hinterfragt und möglicherweise abgebaut werden können (Speth & Becker 2016: 37f.). Viele Freiwillige beeinflussen in formellen aber insbesondere auch informellen Kontexten den öffentlichen Diskurs, indem sie Veranstaltungen organisieren oder einfach von ihren persönlichen Erfahrungen berichten (Daphi 2016: 37; Aumüller et al. 2015: 124-133). Für die politische Bildung können Freiwillige somit als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren dienen, da sie Orte schaffen, an denen sich gesellschaftliche Gruppen begegnen und Räume für öffentliche und private Debatten eröffnen (Schönfelder 2016: 57f.).

Neben diesen strukturellen Effekten liegt die besondere Bedeutung dieses zivilgesellschaftlichen Engagements im direkten Kontakt mit Geflüchteten. So wurde im letzten Jahr nicht nur die Überforderung staatlicher Strukturen ausgeglichen sondern durch intensive soziale Kontakte eine „Brücke zur Aufnahmegesellschaft“ gebaut (Speth & Becker 2016: 50). Der unmittelbare persönliche Umgang entfaltet so eine Wirkung, die über das hinausgeht, was eine Behörde zu leisten imstande wäre. Die negativen Erfahrungen, die geflüchtete Menschen mit den Verwaltungsstrukturen machen (z. B. abgelehnte Anträge, komplizierte Asylverfahren und als erniedrigend empfundene Behandlung), werden so ausgeglichen (Han-Broich 2015: 45).

Ist die Begegnung von Geflüchteten mit Ehrenamtlichen ohne Fluchterfahrung von gegenseitigem Respekt geprägt, kann sie eine möglicherweise ablehnende, von Massenunterkünften und Behördenkonflikten geprägte Haltung geflüchteter Menschen gegenüber der Aufnahmegesellschaft relativieren oder sogar ausgleichen. Dies ist eine notwendige Bedingung, um die Asymmetrie zwischen ihnen und den Alteingesessenen zu überwinden und eine Vorstellung von den eigenen Möglichkeiten in der neuen Gesellschaft zu entwickeln. Es bildet u. a. die Basis dafür, dass geflüchtete Menschen sich selbst organisieren und repräsentieren können (Wiedemann 2016: 8).

Auch die politische Bildung kann darauf hinwirken, geflüchteten Menschen Wege zur Selbstbestimmung in politischen Prozessen zu vermitteln und sie bei der Teilhabe an politischer Gestaltung zu unterstützen (Besand & Hölzel 2015: 458). Akteure der politischen Bildung sollten sich dazu fragen, was ihre konkreten praxisnahen Angebote an die Selbstorganisationen Geflüchteter sein können und mit welchen Inhalten und Methoden sie diese neue Zielgruppe am besten erreichen und unterstützen können (Bremer & Kleemann-Göhring 2015: 434).

3. Die Freiwilligen und Organisationsstrukturen der Freiwilligenarbeit

Nachdem bisher wenig über die Freiwilligen in der Geflüchtetenarbeit bekannt war, haben sich seit 2015 einige Studien mit diesem Thema befasst und speziell auch mit den Strukturen auseinandergesetzt, in denen die Freiwilligen agieren. Hervorzuheben sind zum einen die Studien des „Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung“ (BIM) (Karakayali & Kleist 2015/2016³; Hamann et al. 2016) sowie die Veröffentlichung der Ergebnisse eines Forschungsprojekts der „Münchener Hochschule für angewandte Wissenschaften“ (Mutz et al. 2015). Gebündelt vermitteln die Veröffentlichungen einen guten ersten Überblick über die Landschaft der deutschen Freiwilligenarbeit im Bereich Flucht und Asyl.

Welchen Beitrag kann politische Bildung hier leisten?

Der hohe Anteil erst seit Kurzem Engagierter und das junge Interesse am Themenfeld deuten darauf hin, dass politische Bildung wesentlich zu einer positiven Erfahrung und Wirkung des Engagements beitragen kann. Sie kann sowohl die Freiwilligen wie auch geflüchtete Menschen in Konflikten unterstützen und zum gegenseitigen Verständnis beitragen. Denn die Arbeit mit Geflüchteten birgt das Risiko, dass sich latente Vorurteile aufgrund interkultureller Missverständnisse, mangelnden Wissens um Fluchtgründe, Traumata der Flucht, Integrationserwartungen, Eigenarten der Aufnahmegesellschaft etc. auf beiden Seiten verfestigen.

Insbesondere die Beschäftigung mit den Zugängen und Möglichkeiten demokratischen Handelns im Alltag ist wichtig, um das Engagement für beide Seiten als Katalysator des ‚Demokratielabors‘ mit Blick auf die Gesamtgesellschaft zu nutzen. Auch wenn man davon ausgehen kann, dass die Freiwilligen ohne eigene Fluchterfahrung geflüchteten Menschen wohlwollend begegnen und deren gesellschaftliche Teilhabe befördern wollen: die praktische Umsetzung dieses Leitbildes kann einen belehrend-bevormundenden Habitus in sich tragen, der anstelle wirklicher Entscheidungsfreiheit in Bevormundung resultiert (vgl. Dünnwald 2006). Die zivilgesellschaftlich Engagierten für diese Problematik zu sensibilisieren, kann ein Beitrag politischer Bildung in diesem Aufgabenfeld sein. Jedoch ist es wichtig, dass auch die Akteurinnen und Akteure politischer Bildung das Verhältnis zu ihren Zielgruppen partizipativ und im Sinne einer Beziehung auf Augenhöhe gestalten. Sie können gemeinsam mit den Freiwilligen der Frage nachgehen, ob sie gegenüber Geflüchteten und anderen gesellschaftlich marginalisierten Gruppen selbst eine professionelle verstehende Haltung einnehmen und ihnen ohne den Gestus des überlegen Wissenden handlungsnah, auf praktische Partizipation zielende Kompetenzen vermitteln (Bremer & Kleemann-Göhring 2015: 433f.).

³ Die Autoren weisen darauf hin, dass die Ergebnisse der von ihnen durchgeführten Online-Befragung von 460 (2015) bzw. 2.291 (2016) in der Geflüchtetenhilfe freiwillig tätigen Personen nicht repräsentativ sind, da es sich nicht um eine zufallsgenerierte Stichprobe handelt. Nichtsdestotrotz ermöglichen sie einen wichtigen Einblick in dieses Feld des zivilgesellschaftlichen Engagements.

Selbstorganisierte Gruppen und basisdemokratische Entscheidungsstrukturen

Während ein steigender Anteil des allgemeinen bürgerschaftlichen Engagements in etablierten Institutionen der Zivilgesellschaft (Kirchgemeinden, Wohlfahrtsverbänden, Flüchtlingsräten u. a.) stattfindet (Aumüller et al. 2015: 88), ist auffällig, wie viele Freiwillige außerhalb dieser herkömmlichen Strukturen tätig sind. Sie agieren jenseits bestehender Verbände und Vereine und sind stattdessen häufig spontan und selbstorganisiert aktiv geworden (Karakayali & Kleist 2015: 25). Über die Hälfte der Freiwilligen geben an, sich in Initiativen, selbstorganisierten Gruppen oder allein für Geflüchtete zu engagieren (Karakayali & Kleist 2016: 22). Dies ist einerseits Ausdruck der fehlenden oder überlasteten staatlichen und zivilgesellschaftlichen Strukturen in diesem Bereich und andererseits des proaktiven Charakters des Engagements (ebd.: 3). Analog sind auch die Entscheidungsstrukturen in den Projekten häufig basisdemokratisch.

Viele Initiativen, die sich zunächst informell (z. B. in Nachbarschafts- oder Freundeskreisen) gegründet haben, durchlaufen jetzt einen Prozess zunehmender Professionalisierung. Dies betrifft zum einen die Ausdifferenzierung in Arbeitsgruppen, die sich auf verschiedene Tätigkeitsbereiche spezialisieren, aber auch die Rechtsform (Hamann et al. 2016: 8). Es ist durchaus damit zu rechnen, dass viele der gegründeten Initiativen sich in Vereine umwandeln werden, um für ihre Arbeit Fördermittel beantragen zu können, bezahlte Stellen zu schaffen und ihre Tätigkeit so zu verstetigen (ebd.: 22).

Dass ein Teil der neuen Freiwilligen als bleibende Akteure die Zivilgesellschaft in Zukunft mitgestalten wird, macht es insbesondere in diesem frühen Stadium der Verstetigung wichtig, dass sie dabei Unterstützung durch Angebote u. a. politischer Bildung erhalten. Die Initiativen und Projekte, die 2014 eine zentrale Säule der aufflammenden Willkommenskultur waren, haben das Potenzial, diese in eine nachhaltige Willkommengesellschaft zu überführen. Hier können die neuen zivilgesellschaftlichen Strukturen entstehen, die das Zusammenleben in der Einwanderungsgesellschaft Deutschland mit prägen werden. Um die demokratischen Inhalte ihrer Arbeit besser herauszustellen, kann ein Fokus auf die politische Bildung im Bereich Einwanderung und demokratische Kultur hilfreich sein.

Formen der Koordination des freiwilligen Engagements mit Geflüchteten

Hamann et al. (2016) haben die Koordination innerhalb einzelner und zwischen verschiedenen Initiativen untersucht. In ihrer qualitativen Studie unterscheiden sie drei Modi, in denen Initiativen ihre vielfältigen Aufgaben abstimmen. Besonders in kleineren und jüngeren Organisationen im ländlichen Raum ist meist *eine Person* für die Arbeitsplanung, den Außenauftritt und den Kontakt zu freiwilligen Helferinnen und Helfern zuständig. Diese Funktion wird ehrenamtlich ausgeübt, ist aber mit einem erheblichen Zeitaufwand verknüpft und wird von

erfahrenen Freiwilligen ausgeführt, die in ihrem Berufsleben bereits Führungserfahrung gesammelt haben (ebd.: 9).

Als *Netzwerk-Koordination* bezeichnen die Autorinnen und Autoren die Abstimmung diverser Akteure etwa in Form eines Runden Tisches. Hier sind meist auch Hauptamtliche vertreten. Dieser Modus der Koordination krankt häufig am hohen Zeitaufwand, unklaren Zuständigkeiten und Verbindlichkeiten sowie oft vagen Ergebnissen. Ausdruck der aktuellen Professionalisierung ist, dass vonseiten der Kommunen immer häufiger das Potenzial der ehrenamtlich Helfenden erkannt wird und *zentrale Koordinierungsstellen* eingerichtet werden, die bspw. Weiterbildungsangebote vermitteln, organisatorische Aufgaben übernehmen und auch neue Freiwillige mit Initiativen zusammenbringen (ebd.: 32).

Die Akteure politischer Bildung sollten für die Freiwilligen, die mit geflüchteten Menschen arbeiten, passgenaue Angebote entwickeln: je nach Organisations- und Koordinationsform der Freiwilligenarbeit unterscheiden sich Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner sowie Bedarfe und müssen die Inhalte, Methoden aber auch Ort und Zeit von Workshops etc. entsprechend konzipiert werden. Welche fachlichen Kompetenzen sind für die Adressatinnen und Adressaten von größtem Nutzen? Soll aufsuchend eine spezifische Initiative angesprochen werden oder kann ein Netzwerk oder eine zentrale Koordinierungsstelle als Multiplikator dienen? Wie können Angebote beworben werden, dass sie bei einer zeitlich stark eingebundenen Zielgruppe wie den Freiwilligen im Fluchtbereich auf Anklang stoßen? Diese und ähnliche Fragen sind aktuelle Herausforderungen, die gut in enger Zusammenarbeit mit Freiwilligen beantwortet werden können, um zu gewährleisten, dass diese neue Zielgruppe politischer Bildung effektiv dabei unterstützt wird, Teilhabe und Demokratie als gelebte Alltagspraxis gesellschaftlich zu verankern.

Wie werden die Freiwilligen in Organisationen und Initiativen eingebunden?

Hamann et al. (2016: 40) untersuchen auch, wie neue Freiwillige in Organisationen der Geflüchtetenhilfe eingebunden werden und stellen fest, dass im Wesentlichen drei Wege unterschieden werden können. Bei einer *begleiteten Einbindung* können Interessierte sich vorab, meist in einem Einzelgespräch, über die ihnen zur Wahl stehenden Arbeitsbereiche und Tätigkeiten informieren. Dies eröffnet auch die Möglichkeit, eigene Erwartungen anzusprechen und sie mit dem Selbstverständnis der Initiative abzugleichen. Diese Art der Einbindung hat viele Vorteile, ist aber zeitintensiv und darum nur personell sehr gut aufgestellten Organisationen möglich. Obwohl Konflikte vorgebeugt und Ehrenamtliche länger an die Initiative oder das Projekt gebunden werden – sich der Einsatz also langfristig durchaus auszahlen kann – fehlen den meisten kleineren Akteuren dafür schlicht die Ressourcen.

Der zweite, *selbstorganisierte Weg* sich in der Geflüchtetenhilfe zu engagieren, ist demnach

für Initiativen häufig der Weg der Wahl. Jedoch können so weder Vorwissen vermittelt noch die eigenen Erwartungen reflektiert werden (ebd.: 41). Generell wird bei niedrighschwelligem Engagement, das keine Einbindung in die organisatorischen Abläufe der Initiative erfordert (etwa Essensausgabe oder Sortieren von Kleiderspenden), selten eine begleitete Einbindung angeboten. Ausdruck der zunehmenden Professionalisierung in diesem zivilgesellschaftlichen Bereich ist, dass sich mittlerweile Engagement-Börsen etabliert haben, die, drittens, eine *vermittelte Einbindung* anbieten. Online können an der Freiwilligenarbeit Interessierte ein Profil anlegen und passende Engagement-Möglichkeiten finden (ebd.: 42).

In den meisten Fällen kommen Freiwillige im Fluchtbereich mit keinem oder wenig Vorwissen in ihre neue Aufgabe. Nicht selten beziehen sie ihre Kenntnisse aus Medien und Gesprächen mit Freundinnen und Freunden oder mit anderen Freiwilligen. Missverständnisse, negative Erfahrungen und enttäuschte Erwartungen sind dabei häufig die Folge mangelnder Vorbereitung und Selbstreflexion. Hier kann politische Bildung Hilfestellung in der Klärung der eigenen Erwartungen, Kompetenzen und Handlungsmöglichkeiten bieten. Politische Bildung kann eine Ressource für die Vermittlung von Informationen über plurale Lebenswelten darstellen und so die Basis für interkulturelles Verständnis erweitern sowie mittels Beispielen Einblicke in die potenziellen Bedürfnisse geflüchteter Menschen vermitteln. Sie muss aber vor allen Dingen Werkzeuge dazu anbieten, wie gemeinsames Leben und Lernen gestaltet werden kann. Politische Bildung sollte deshalb ein Bewusstsein für die Relevanz von Reflexionsprozessen schaffen, die auf Vorurteile und Verallgemeinerungen abzielen.

4. Tätigkeitsfelder der Freiwilligen in der Geflüchtetenarbeit

Dass die mit geflüchteten Menschen arbeitenden Freiwilligen beruflich und gesellschaftlich bereits stark eingebunden sind, bringt zu einer erhöhten Anforderung an die Vereinbarkeit der Freiwilligenarbeit mit sich (Mutz et al. 2015: 23). Zum anderen wird in einigen Publikationen die Sorge um eine Überlastung geäußert. So engagierten sich mehr als die Hälfte der Freiwilligen im Raum München im Frühjahr 2015 mehr als sechs Stunden pro Woche (ebd.: 18). Aussagen, die eine Überforderung der Freiwilligen andeuten, stützen sich jedoch auf Einzelerfahrungen und sind nicht empirisch untersucht worden (Staskiewicz 2016: 215).

Von spontaner Nothilfe zur Unterstützung im Integrationsprozess

Die Tätigkeitsfelder der Freiwilligen haben sich seit Frühjahr 2015 gewandelt. Primär fokussierte die Arbeit anfangs darauf, die Aufnahme und Erstversorgung zu organisieren. Strukturelle Mängel, die sich in der behördlichen Aufnahme und Betreuung Geflüchteter offenbarten, wurden durch zivilgesellschaftliches Engagement ausgeglichen (Karakayali & Kleist 2015: 4f.). Darüber hinaus wurde diese Versorgung mit dem Lebenswichtigen durch weiterführende Tätigkeiten ergänzt: Ehrenamtliche begleiteten Geflüchtete zu Behörden (50 Prozent), boten

Sprachunterricht an (43 Prozent), unterstützten geflüchtete Menschen bei bürokratischen Formalien (32 Prozent) und berieten in sozialen Angelegenheiten (34 Prozent) (Karakayali & Kleist 2015: 28).

Das ehrenamtliche Engagement ergänzt hauptamtliche Maßnahmen durch Leistungen, die einer staatlichen Behörde so nicht möglich wären: Arztbesuche oder Einkäufe zu begleiten und Freizeitunternehmungen zu organisieren, wird von der Verwaltung schlicht nicht als Zuständigkeit erfasst oder es fehlen dafür die Kapazitäten (Aumüller et al. 2015: 87). Aber auch eine unabhängige Beratung und Aufklärung über legitime Ansprüche gegenüber Behörden, Mobilisierung gegen rassistische Diskriminierung oder die Vermittlung sozialer Kontakte schaffen zivilgesellschaftliche Akteure glaubhafter und effektiver (Hamann et al. 2016: 8; 27). Neben der Nothilfe spielten die Freiwilligen also von Beginn an eine wichtige Rolle in der Integration, indem sie Aufnahmegesellschaft und geflüchtete Menschen zusammenführten.

Arbeitsteilung innerhalb der Initiativen und mit staatlichen Akteuren

Seit Sommer 2015 sind eine Zunahme praktischer Unterstützungstätigkeiten und eine relative Abnahme professioneller Tätigkeiten wie Beratung oder Betreuung zu beobachten (Karakayali & Kleist 2016: 4). Während erfahrenere Ehrenamtliche anspruchsvollere Aufgaben übernehmen (bspw. Tätigkeiten koordinieren, Initiativen nach außen vertreten oder Unterstützung in rechtlichen Fragen), stellen simplere Tätigkeiten wie das Sortieren und Verteilen von Sachspenden den Einstieg für neu Engagierte dar (Ahrens 2015: 13f.). Auch hier ist jedoch der Bedarf an Betreuung und Reflexion nicht zu unterschätzen. Es kann zu Missverständnissen und enttäuschten Erwartungen kommen, die überfordern oder Vorurteile bestärken können. Während einerseits also darauf geachtet werden sollte, die neuen Freiwilligen nicht sich selbst zu überlassen, weckt die Arbeitsteilung mit den bereits länger aktiven Koordinatorinnen und Koordinatoren auch die Hoffnung auf eine Verstetigung des Engagements.

Dies bedeutet für die Ehrenamtlichen allerdings nicht, in Konkurrenz zu staatlichen Akteuren oder an einer Privatisierung staatlicher Aufgaben zu arbeiten (Karakayali & Kleist 2016: 4). Stattdessen geht es zum einen um die Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen, deren Angebote sinnvoll ergänzt werden sollen. Andererseits bringen bürgerschaftlich Engagierte auch ihre spezifischen Fähigkeiten ein (z. B. schwer erreichbare Zielgruppen einbeziehen, persönlicher Beziehungen aufbauen), um über die staatliche Grundversorgung hinausgehend die Integration geflüchteter Menschen zu unterstützen.

Geht man für die Zukunft von der Verstetigung des freiwilligen Engagements mit Geflüchteten, der Professionalisierung der Initiativen und Projekte in ihrer Arbeitsweise und einer besseren Arbeitsteilung von Haupt- und Ehrenamtlichen aus, wird die Bedeutung dieser Zielgruppe für die politische Bildung deutlich. Dies kann Anstoß dafür sein, entsprechende For-

mate und Workshops zu entwickeln. Im Fokus steht dabei, zu überlegen, wie sich Prozesse und Strukturen freiwilligen Engagements entwickeln lassen, die demokratische Kultur erlebbar machen und neue Formen des Engagements unterstützen.

5. Motivation zu freiwilliger Arbeit mit Geflüchteten

Vor dem Hintergrund, dass viele der Freiwilligen in den Bereichen Migration, Flucht und Asyl beruflich und sozial stark eingebunden sind, stellt sich die Frage, was sie antreibt, sich darüber hinaus für Geflüchtete zu engagieren. Welche Ziele und Vorstellungen verbinden die Freiwilligen mit ihrer Tätigkeit? Warum setzen sie sich für geflüchtete Menschen ein? Studien, in denen die Motivation der Freiwilligen untersucht wird, basieren auf Selbstauskünften entweder in Form persönlicher Interviews oder mittels Angaben in Fragebögen. Es werden diverse Gründe für das Engagement angegeben, die sich grob in sechs Kategorien gruppieren lassen. Vielfach geben Freiwillige an, erstens, *aus moralischen Gründen* zu handeln. Sie verfolgen ein humanistisches Lebensprinzip und es erfüllt sie, Menschen in Not zu helfen. Betont werden in diesem Zusammenhang häufig die Menschenrechte aber auch die politische und ökonomische Teilverantwortung Deutschlands für globale Missstände und Konflikte – z. B. durch Waffenlieferungen in Krisengebiete (Mutz et al. 2015: 24f.).

Insbesondere bei Menschen ab 50 Jahren findet eine ähnliche ethisch-moralische Grundhaltung Ausdruck in, zweitens, *religiöser Überzeugung* und dem Anspruch von Nächstenliebe (Karakayali & Kleist 2015: 32). Die Verknüpfung mit religiöser Zugehörigkeit wirkt aber auch selektiv. Während 81 Prozent der Konfessionslosen eine Bevorzugung von Christinnen und Christen aus Syrien ablehnen, tun dies demgegenüber lediglich 63 Prozent der Angehörigen einer (mit großer Mehrzahl christlichen) Religionsgemeinschaft (ebd.: 33).

Darüber hinaus sind religiöse Motive, Geflüchteten zu helfen mit, drittens, *pädagogischen Beweggründen* verknüpft, die die dritte Motivkategorie darstellen. Dabei geht es den Freiwilligen darum, ihr Wissen zu teilen und anderen ein Vorbild zu sein (Mutz et al. 2015: 26). Insbesondere ältere Menschen geben an, sich um die Geflüchteten „kümmern“ und ihre Lebenserfahrung weitergeben zu wollen (Karakayali & Kleist 2015: 32). Auch gibt es einen Wunsch nach gegenseitiger Lernerfahrung.

Interkultureller Austausch ist, viertens, ebenfalls ein häufig genanntes Motiv der Freiwilligen, sich zu engagieren. Es reizt die Neugier an Menschen aus anderen Kulturen (über zwei Drittel geben dies als einen Grund an) und die Annahme, unter den Geflüchteten interessante Bekanntschaften machen zu können. Neues über die Welt und über andere Kulturen lernen zu können, ist für beinahe alle Engagierten ein wichtiges Motiv. Es geht den Freiwilligen nicht nur darum, überhaupt ehrenamtlich tätig zu sein, sondern speziell um die Begegnung mit aus anderen Teilen der Welt Zugewanderten (Karakayali & Kleist 2016: 32). Die zivilgesellschaftlich

Engagierten wollen also auch für sich, fünftens, *positive Erfahrungen* aus ihrem Engagement ziehen. Viele äußern den Wunsch, ihre Tätigkeit solle ihnen selbst „gut tun“, sie möchten dafür soziale Anerkennung erhalten und sich gebraucht fühlen (Mutz et al. 2015: 27f.). So spielen auch das Gemeinschaftsgefühl in der freiwilligen Arbeit und die Resonanz und Darstellung in den Medien (55 Prozent der neuen Freiwilligen nennen dies als wichtigen Grund, sich zu engagieren) eine zentrale Rolle (Karakayali & Kleist 2016: 31f.). Bei jüngeren Engagierten, die bzw. deren Familien überproportional häufig selbst Migrationsgeschichte aufweisen, kommt die soziale Nähe zu den Geflüchteten als Motiv hinzu (Karakayali & Kleist 2015: 32).

Die Freiwilligen wollen die Gesellschaft gestalten

Als wichtiges Motiv für die freiwillige Arbeit wird sechstens genannt, die *Gesellschaft im Kleinen* mitgestalten zu wollen. Fast alle Ehrenamtlichen geben dies an (Karakayali & Kleist 2016: 33). Sie wollen an einer bedeutenden gesellschaftlichen Intervention teilhaben und Angebote schaffen, die gesellschaftliche Teilhabe Geflüchteter ermöglichen (Hamann et al. 2016: 46). Im Vergleich zu anderen Feldern des ehrenamtlichen Engagements hat der politische Aspekt für die Freiwilligen in der Arbeit mit Geflüchteten eine zentrale Bedeutung. Sie wollen ein „Zeichen gegen Rassismus“ setzen und die „Willkommenskultur“ rechter Stimmungsmache entgegenstellen (Karakayali & Kleist 2016: 4f.). Viele Freiwillige helfen anfangs aus rein altruistischen Motiven und politisieren sich im Laufe ihrer Tätigkeit (Bojadzijev & Wiedemann 2016: 17).

Trotz der nachlassenden Medienberichterstattung zu den Freiwilligen im Fluchtbereich ist die Motivation, sich für Geflüchtete zu engagieren, weiterhin hoch. Der sich verschiebende Fokus von der Krisenhilfe und Erstversorgung zu Tätigkeiten, die Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe für geflüchtete Menschen eröffnen sollen, schafft dabei auch einen neuen Gestaltungsspielraum. So befriedigt die freiwillige Arbeit ein Bedürfnis nach Autonomie und dem Erlernen und Erleben von Kompetenzen. Die Freiwilligen fühlen sich sozial eingebunden und können selbst gestalterisch tätig werden. Die Wahlfreiheit und Eigeninitiative der Freiwilligen steigern auch ihre intrinsische Motivation und können langfristig dahin führen, neue Wertestrukturen und Handlungsmuster in das eigene Selbstbild zu inkorporieren.

Politische Bildung kann hier einen Beitrag leisten, die verschiedenen Motive aus denen heraus Menschen sich freiwillig in diesem Feld engagieren sichtbar und verstehbar zu machen. Dazu bieten sich klassische Formate und Methoden aus dem Bereich des Demokratielernens oder der Auseinandersetzung mit Vielfalt an. Ziel kann es sein, Foren zu schaffen, in denen sich Menschen mit und ohne Fluchterfahrung in Prozessen der Reflektion eigener Motive und Handlungen begegnen können. So würden Diskussions- und Erfahrungsräume des gemeinsamen Lernens von- und miteinander eröffnet. Ein wichtiger Baustein für die konzeptionelle Arbeit in der politischen Bildung ist hierbei auch das Bild der jeweiligen „Anderen“. Es stellt

sich die Frage, wie aus den Kategorien der Geflüchteten und der Helfenden die Perspektiven von Individuen und deren Bedürfnisse herausgearbeitet werden können. Dazu gehört eine Auseinandersetzung mit Formen von Rassismus aber auch einer Überhöhung der Geflüchteten als „Menschen ohne Fehler“ und „Expertinnen und Experten für Leben in Vielfalt“.

6. Herausforderungen und Bedarfe in der Geflüchtetenarbeit

Ein grundlegender Wunsch der mit Geflüchteten arbeitenden Freiwilligen, auch im Zusammenhang mit ihrer Motivation, ist die Würdigung des Wertes ihrer Arbeit durch Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit (Speth & Becker 2016: 40). Einerseits bedeutet das, eine Ehrenamtskultur zu entwickeln, in der die Hauptamtlichen den Ehrenamtlichen anerkennend und kooperativ gegenüberstehen (und vice versa) und sie nicht als Störfaktor ablehnen (Han-Broich 2015: 47). Darauf aufbauend und darüber hinausgehend steht die Forderung, die kommunale Engagementförderung auszubauen und bspw. Ehrenamtliche durch die Kommunen qualifizieren und begleiten zu lassen (Gesemann & Roth 2015: 93ff.). Ein guter Ausgangspunkt dafür wären zentrale hauptamtliche Koordinierungsstellen (s. o.), die Schulungen zur interkulturellen Sensibilisierung, zum Asylrecht und zur Lage in den Herkunftsländern anbieten könnten (Aumüller et al. 2015: 90; Klein 2015: 4). Mit Blick auf die politische Bildung bedeutet dies, sich aktiv mit Konzepten für Weiterbildungen und Workshops als auch des vielfältigen Schulungsmaterials auseinander zu setzen. Ziel sollte es dabei sein, aus den zahlreichen konzeptionellen Ansätzen und Methoden solche herauszufiltern, die für diverse Zielgruppen nutzbar gemacht werden können.

Noch mangelt es an hauptamtlichen Fachkräften, die in der Lage sind, das freiwillige Engagement zu begleiten (Mutz et al. 2015: 21). Koordinierungsstellen sowie Fonds zur Förderung des Ehrenamts könnten die Finanzierungslücken, aber auch den Verwaltungsaufwand von Initiativen durch das Verbreiten bewährter Methoden und Organisationsmodelle verringern (Daphi 2016: 38f.; Klein 2016: 2). Dabei ist allerdings wichtig, die unterstützenden Strukturen nicht zur Steuerung zu nutzen, damit sie überhaupt angenommen werden und die zivilgesellschaftliche Eigendynamik erhalten bleibt (Speth & Becker 2016: 28). Wenn entsprechende Maßnahmen darauf ausgelegt sind, sich miteinander zu vernetzen, Wissen zu teilen und Aufgabenteilung aufeinander abzustimmen, können zivilgesellschaftliche Akteure und Verwaltung Herausforderungen gemeinsam effektiver bestreiten. Hierbei sind auch Akteure der politischen Bildung gefordert, im Austausch mit den Freiwilligen und Hauptamtlichen Angebote zu entwickeln, Probleme und Auseinandersetzungen konstruktiv anzugehen. Insbesondere Ansätze wie bspw. Zukunftswerkstätten können dazu hilfreich sein, die aus den Neuen Sozialen Bewegungen früherer Jahre entstanden sind.

Psychosoziale Herausforderungen in der Freiwilligenarbeit erfordern Beratung und Betreuung

Eine Problematik der freiwilligen Arbeit mit Geflüchteten ist einigen Veröffentlichungen zufolge die psychische Belastung der Engagierten. Als Freiwillige oder Freiwilliger wird man mit den oft schwer verdaulichen Schicksalen geflüchteter Menschen konfrontiert. Insbesondere wenn zwischen Geflüchteten und Engagierten eine enge soziale Bindung besteht, fällt es ihnen schwer, sich von schweren Erfahrungen, Diskriminierung und den oft gravierenden Folgen von Verwaltungsentscheidungen für das Leben geflüchteter Menschen zu distanzieren. Exemplarisch dafür stehen bürokratische Auflagen und Abschiebungen. Die Stärke der Freiwilligenarbeit, ihre Nähe zu geflüchteten Menschen, ist in diesem Sinne auch eine Last für die Engagierten. Neben mangelnder Zeit ist so auch die psychische Belastung einer der Hauptgründe, die freiwillige Tätigkeit aufzugeben (Mutz et al. 2015: 18).

Die Verantwortung und die Belastung der sich Ehrenamtliche ausgesetzt sehen, erfordern eine stärkere Unterstützung. In Form von Supervisionen können bspw. der Umgang mit Stresssituationen, das persönliche Zeitmanagement und die eigenen Prioritäten reflektiert werden (Straskiewicz 2016: 215; Hamann et al. 2016: 51). Daneben gilt es auch der fachlichen Überforderung vorzubeugen, etwa Weiterbildungen zur rechtlichen Lage, Sprachkurse etc. anzubieten (Klein 2015: 6). Neben den Kommunen kommen dafür insbesondere die etablierten Akteure der Zivilgesellschaft infrage (Speth & Becker 2016: 36). Dabei können Angebote der politischen Bildung eine unterstützende Hilfe leisten, zumal sie mit niedrigschwelligen Formaten auch Wege vermitteln können, die von Freiwilligen eigenständig erlernt und genutzt werden können.

Probleme im Umgang mit Geflüchteten

Vereinzelt wird auch die „fordernde Art mancher Flüchtlinge“ angeprangert oder Freiwillige fühlen sich „von manchen Flüchtlingsgruppen ausgenutzt“ (Mutz et al. 2015: 19). Hier scheint es notwendig, einerseits die Perspektive geflüchteter Menschen⁴ zu verdeutlichen (Ulu, Byakuleka & Arps 2016: 29ff.) und andererseits gemeinsam mit Freiwilligen über ihre Werte und die Ziele ihres Engagements zu reflektieren. Gleichzeitig ist es auch wichtig, bei geflüchteten Menschen ein Verständnis für die Rolle und Verantwortlichkeiten der Freiwilligen zu entwickeln. Es kann schwer fallen, zwischen Ansprüchen an Institutionen und engagierte Einzelpersonen zu differenzieren und Erwartungen oder Forderungen entsprechend anzupassen.

Paternalismus und Vorurteile sind auch in der Beziehung von Freiwilligen und Geflüchteten auf beiden Seiten vorhanden. Problematisch sind letztere vor allen Dingen, weil sich eine latent ablehnende Haltung leicht verfestigen kann, wenn sich Geflüchtete oder Freiwillige nicht

⁴ Das Forschungsprojekt „Von der Aufnahme zu gesellschaftlicher Teilhabe: Die Perspektive der Flüchtlinge auf ihre Lebenslagen in Deutschland“ des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration wird Anfang 2017 erste Ergebnisse qualitativer Interviews mit geflüchteten Menschen veröffentlichen.

verhalten, wie es von der Gegenseite erwartet wird (Han-Broich 2015: 48). Ängste und Vorurteile abzubauen, sollte insbesondere vonseiten der Mehrheitsgesellschaft damit einhergehen, paternalistische Denk- und Handlungsmuster zu überwinden, Geflüchtete und andere marginalisierte Gruppen ihre Anliegen selbst zum Ausdruck bringen zu lassen und nicht über sie sondern mit ihnen zu sprechen. Die Einbindung speziell geflüchteter Menschen in den Inklusions-Diskurs erfordert auf gesellschaftlicher Ebene auch die Unterstützung selbstorganisierter Interessenvertretungen, die die sozialen und politischen Anliegen Geflüchteter formulieren (Hamann et al. 2016: 55f.).

7. Gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen

Der Begriff der Teilhabe, der im sozialwissenschaftlichen Sinne der soziologischen Ungleichheits-Forschung entspringt (vgl. Bartelheimer 2007), fand in den letzten Jahren Eingang in den gesellschaftlichen und politischen Diskurs zur Integration von Zugewanderten. Was unterscheidet Teilhabe und Integration voneinander bzw. in welchem Verhältnis stehen die beiden Konzepte?

Im Kontext von Migration bezeichnet Integration einen Prozess, in dem eine Gruppe ehemals Außenstehender unter Erhalt ihrer kulturellen Identität Teil einer bestehenden Gemeinschaft wird. Dies setzt eine dynamische, wechselseitige Öffnung und Veränderung der Ziel-Gesellschaft voraus, die darauf ausgerichtet ist, Zugewanderten und Alteingesessenen gleiche Rechte, Pflichten und Chancen zu ermöglichen. Dem zugrunde sollte ein Verständnis liegen, dass Gewohnheiten, Regeln und Traditionen nicht statisch, sondern veränderbar sind. Deshalb stellt ein dynamisches und auf Gegenseitigkeit beruhendes Integrationskonzept die Bereitschaft von Menschen und Organisationen einer Gesellschaft in den Vordergrund, sich auf partizipative Gestaltungsprozesse einzulassen, in denen auch „die Neuen“ eine Stimme haben und sich einbringen können.

Insofern ist gesellschaftliche Teilhabe aller Gruppen eine Voraussetzung für gelingende Integration und für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der Einwanderungsgesellschaft (vgl. Roth 2016). Teilhabe kann also als Methode der Integration betrachtet werden. Im Allgemeinen wird Integration häufig fälschlicherweise als ein „Reparaturbetrieb“, dessen Inhalt die Anpassung an die Kultur vor Ort ist, dargestellt (Nilhüfer 2015: 8). Im Kontext freiwilliger Arbeit steht Integration durch Teilhabe jedoch vielmehr für Hilfe zur Selbsthilfe, die geflüchtete und zugewanderte Menschen auf ihrem Weg zu eigenständiger Teilhabe und der Verwirklichung individueller Lebensentwürfe unterstützt. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird die Verantwortung zur Integration jedoch häufig einseitig den Zugewanderten aufgebürdet. Von ihnen werden verschiedenste Anpassungsleistungen gefordert – vom Erlernen der Sprache bis hin zu typischen Verhaltensweisen. Teilhabe ist dagegen eine Aufforderung an *alle* Teile der Gesellschaft, sich bewusst darüber zu sein, dass alle die Verantwortung dafür tragen, das

gemeinsame Zusammenleben gut zu gestalten. Dies schließt ein, Vielfalt als Bereicherung anzuerkennen und für Menschen jedweder Herkunft und sozio-ökonomischer Position Räume der Beteiligung zu öffnen.

Wissenschaftliche Publikationen, die sich explizit mit der gesellschaftlichen Teilhabe geflüchteter Menschen befassen, liegen derzeit nicht vor. Ein Working Paper, das sich vertiefend mit diesem Begriff auseinandersetzt, der hier nur skizziert werden konnte, wird im Rahmen des Projekts „Perspektive Teilhabe“ 2017 veröffentlicht werden. Im Auftrag des „Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Migration und Integration“ (SVR) und der Robert Bosch Stiftung hat Johansson (2016) eine Studie veröffentlicht, die strukturelle Voraussetzungen der gesellschaftlichen Teilhabe Geflüchteter analysiert.

Die strukturellen Voraussetzungen von Teilhabe – Integration in den Arbeitsmarkt

Eine Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe ist der gleichberechtigte Zugang zum Arbeitsmarkt. Für Geflüchtete ist dieser aufgrund rechtlicher Bestimmungen jedoch stark eingeschränkt. Beschäftigt sind geflüchtete Menschen zumeist im Niedriglohnssektor und in prekären Arbeitsverhältnissen, selbst wenn ihre Qualifikation darüber hinausgeht. Problematisch können im Einzelfall sowohl die Anerkennung von im Ausland erworbenen Abschlüssen als auch die unsichere Bleibeperspektive sein. Zwar hat der Gesetzgeber mit dem Integrationsgesetz für Rechtssicherheit mit der Regelung der sog. Ausbildungsduldung sorgen wollen⁵, jedoch bleibt die Umsetzung in der Praxis durch die Länder abzuwarten. Hinzu kommt die Diskriminierung von Menschen mit Migrationshintergrund auf dem Arbeitsmarkt. Es fehlt an Sprachkenntnissen sowie finanziellem Kapital (z. B. für Weiterbildungen) und viele leiden unter psychischen oder körperlichen Beeinträchtigungen (Johansson 2016: 14-22). Insbesondere im ländlichen Raum ist zudem ihre Mobilität stark eingeschränkt (ohne Führerschein oder Auto). Problematisch ist, dass insbesondere die Inklusion in das Erwerbsleben eine zentrale Dimension gesellschaftlicher Teilhabe und subjektiven Zugehörigkeitsgefühls darstellt. In diesem Sinne stellt der beschränkte Arbeitsmarktzugang eines der größten Hindernisse gesellschaftlicher Teilhabe geflüchteter Menschen dar.

Teilhabe an Bildungschancen

Auch im Bereich der Bildung sind geflüchtete Menschen zum Teil von Ausgrenzung betroffen. So beginnt die Schulpflicht für geflüchtete Kinder erst bis zu sechs Monate nach Einreichen des Asylantrags und trotz dieser Regelungen warten Kinder und Jugendliche insbesondere in Großstädten oft deutlich länger auf einen Schulplatz (Janke 2016). Darüber hinaus wurden die Integrationskurse und Sprachprogramme des Bundes seit Mitte 2016 zwar deutlich (finan-

⁵ Vgl. die im vom Bundestag am 7. Juli 2016 verabschiedeten ‚Integrationsgesetz‘ enthaltene 3+2 Regelung, laut derer Geflüchtete für eine dreijährige Ausbildung in Deutschland eine Duldung und danach für zwei Jahre eine Aufenthaltserlaubnis erhalten sowie die Vorrangprüfung bei der Anstellung entfällt.

ziell) ausgebaut, jedoch sind diese Kurse rechtlich sowie tatsächlich nicht für alle Geflüchtete gleichermaßen zugänglich. So können an Integrationskursen sowie berufsbezogenen Sprachkursen nach der Verordnung über die berufsbezogene Deutschsprachförderung (DeuFöV) nur Asylbewerberinnen und Asylbewerber mit sogenannter guter Bleibeperspektive teilnehmen. Auch sind die Teilnahmekapazitäten der Integrationskurse vor Ort teilweise stark unterschiedlich ausgestaltet. Dabei führt die mangelnde Kenntnis der deutschen Sprache später in allen Bereichen zu Ausschlüssen und Benachteiligung (Johansson 2016: 25ff.). Trotzdem viele Geflüchtete eine berufliche Qualifikation in nachgefragten Bereichen aufweisen, gestaltet sich deren Erfassung, Feststellung und ggf. Anerkennung sowie die daran anschließende Vermittlung in entsprechende Berufe sehr schwierig (ebd.: 48). Bildungsangebote orientieren sich selten an den Wünschen Geflüchteter und führen meist lediglich in ein Praktikum und nicht in eine feste Stelle (ebd.: 74f.). Durch mangelnde oder mangelhafte Bildungsangebote, uneinheitliche Kompetenzfeststellungsmaßnahmen und die komplizierten, langwierigen Anerkennungsverfahren beruflicher Qualifikation werden geflüchtete Menschen vor erhebliche Probleme gestellt, wenn sie in Deutschland einer Arbeit nachgehen oder sich weiterbilden wollen.

Sozialstaatliche Leistungen und Gesundheitsversorgung

Aufgrund der rechtlichen Bestimmungen sind Geflüchtete besonders in der ersten Zeit nach ihrer Ankunft in Deutschland auf sozialstaatliche Leistungen angewiesen. Nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen sie gekürzte Sozialleistungen und müssen darüber hinaus zahlreiche Restriktionen erdulden (s.o.). Die sozioökonomische Benachteiligung führt zu Ausgrenzung aus der Gesellschaft, kann Schamgefühle und psychische Krankheiten auslösen (Johansson 2016: 30).

Nach AsylbLG ist auch der Zugang zur Gesundheitsversorgung für Menschen im Asylverfahren oder mit einer Duldung auf unbedingt notwendige Behandlungen beschränkt. Erst nach 15 Monaten besteht Anspruch auf Leistungen, die denen einer gesetzlichen Krankenkasse entsprechen (ebd.: 34). Subjektiv empfinden viele Geflüchtete darüber hinaus häufig eine auf ihren gesetzlichen Status zurückzuführende Ungleichbehandlung in Form von erlebter Gleichgültigkeit oder einer schlechten Behandlung durch Ärztinnen und Ärzte.

Solche negativen Erfahrungen, wahrgenommenen Abhängigkeiten und der eingeschränkte Zugang zu Leistungen tragen dazu bei, dass geflüchtete Menschen seltener ärztliche Leistungen in Anspruch nehmen (ebd.: 79). Dies führt zu einer signifikant schlechteren Gesundheitssituation unter geflüchteten Menschen, insbesondere hinsichtlich des niedrigen Durchschnittsalters (ebd.: 83).

Die Wohnsituation Geflüchteter

Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften hat ebenfalls negative Auswirkungen auf die Lebenslagen geflüchteter Menschen und Möglichkeiten ihrer Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. Bedingt durch bauliche Mängel, räumliche Enge, fehlende Privatsphäre, schlechte Anbindung an den öffentlichen Nahverkehr und mangelhafte Hygiene erleben viele geflüchtete Menschen ihre Unterbringung als psychosoziale Belastung (ebd.: 33). Hinzu kommt, dass Menschen diverser ethnischer, nationaler und religiöser Hintergründe auf engem Raum zusammenleben (pro Person sind in bestehenden Verordnungen 6,5-7 qm veranschlagt) und die Unterkünfte durch ihre Lage auf dem Land, in Industriegebieten oder der städtischen Peripherie von anderen Wohnräumen teilweise isoliert stehen (Aumüller et al. 2015: 35ff.).

Darüber hinaus kann laut dem Deutschen Institut für Menschenrechte die Sicherheit von Frauen vor sexuellen Übergriffen häufig nicht gewährleistet werden. Für Kinder fehlen angemessene Lern- und Spielräume (Cremer 2014: 7 zit. in Aumüller et al. 2015: 36). Die Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften wirkt segregierend, da sie den Kontakt von Geflüchteten zu Einheimischen (und vice versa) wesentlich erschwert und auch die gegenseitige Akzeptanz verringert (Aumüller et al. 2015: 61). Die dezentrale Unterbringung steigert in der Wahrnehmung Geflüchteter deutlich die Lebensqualität (Johansson 2016: 33). Im Jahr 2013 waren noch 55 Prozent geflüchteter Menschen in Wohnungen untergebracht. Dieser Anteil dürfte in den letzten Jahren deutlich gesunken sein, aktuelle Zahlen liegen jedoch nicht vor (Aumüller et al. 2015: 39).

Die Rolle politischer Bildung: Sensibilisierung und Empowerment

Aufgaben der politischen Bildung können zum einen sein, Aufmerksamkeit für die Lebenssituation vieler Geflüchteter zu schaffen. Dazu braucht es Formate für unterschiedliche Zielgruppen, die einen Perspektivwechsel ermöglichen, Informationen vermitteln, aber auch dazu ermutigen, sich aktiv an einer Verbesserung der Situation von Menschen mit Fluchterfahrung zu beteiligen. Mit Blick auf die Freiwilligen sind andererseits Formate wichtig, die einen Erfahrungsaustausch anregen und die politische Dimension der Lebenssituation Geflüchteter erläutern, die aus einem versperrten Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe erwachsen. Dabei können Ansätze, die praktische Erfahrungen mit Partizipation und demokratischer Kultur erlebbar machen, besonders geeignet sein.

Gleichzeitig braucht es auch Angebote für Geflüchtete, die ein Interesse haben, die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu verstehen. Ihnen müssen Werkzeuge zur Verbesserung der eigenen Handlungsfähigkeit und zum *Empowerment* vermittelt werden. Diese können sowohl aus einem kulturellen oder auch einem politischen Kontext der Bildungsarbeit gewonnen werden. Zentral erscheint jedoch, Gesellschaft als veränderbar und gestaltbar zu

vermitteln und dafür individuelle und kollektive Ansätze anzubieten. Dies wäre ein Beitrag zur Stärkung der demokratischen Kultur für alle Zielgruppen.

8. Freiwilliges Engagement geflüchteter Menschen

Freiwilliges Engagement kann Ausdruck und praktische Übung gesellschaftlicher Teilhabe sein – auch für geflüchtete Menschen. Es kann die desintegrative Wirkung der oben benannten rechtlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen ausgleichen und ermöglicht selbstbestimmtes Handeln. Anstatt als marginalisierte Hilfsempfängerinnen und -empfänger können sich freiwillig engagierte Geflüchtete dadurch als aktiver Part der Gesellschaft artikulieren, am gesellschaftlichen Leben teilnehmen und soziale Kontakte knüpfen (Aumüller et al. 2015: 94f.). Auch fördert es die Öffnung der Aufnahmegesellschaft: Zum einen, da es gemeinsame Handlungsräume schafft, und zum anderen weil freiwilliges Engagement an sich zunehmend als ein Kriterium gesellschaftlicher Zugehörigkeit verstanden wird (Zick & Preuß 2016: 11).

Die notwendigen Rahmenbedingungen für freiwilliges Engagement Geflüchteter schaffen

Es sollten diese positiven Effekte aber nicht als eine einseitige Aufforderung an Zugewanderte interpretiert werden. Es ist auch Aufgabe der Mehrheitsgesellschaft, Geflüchtete als aktiv Handelnde zu gewinnen bzw. die dafür notwendigen Rahmenbedingungen zu schaffen.

Menschen mit Fluchterfahrung an die Freiwilligenarbeit heranzuführen und ihnen Möglichkeiten des Engagements aufzuzeigen, kann Aufgabe der politischen Bildung sein. Auf der anderen Seite kann sie die Bereitschaft aufseiten der zivilgesellschaftlichen Organisationen und Initiativen zu erhöhen, Anstrengungen zu unternehmen, Geflüchtete in ihre Arbeit einzubinden. Denn Inklusion in der Einwanderungsgesellschaft kann nur gelingen, wenn Geflüchtete diese auch mitgestalten können (vgl. Roth 2016). So kann die Willkommenskultur, wie sie im freiwilligen Engagement tausender Menschen mit und ohne eigene Fluchterfahrung derzeit in Deutschland zum Ausdruck kommt, wirklich und nachhaltig zur Inklusion der Neuankommenden beitragen. Jedoch setzen die Regelungen des Aufenthaltsrechts und die aus ihnen resultierende Unsicherheit um die eigene Zukunft in Deutschland der Motivation geflüchteter Menschen, sich für das Gemeinwohl zu engagieren, Grenzen (Enquete-Kommission 2002: 219 zit. in Gesemann & Roth 2015: 95).

Tätigkeitsfelder und Motive zivilgesellschaftlich Engagierter Geflüchteter

Über die Tätigkeitsfelder und die Zahl Geflüchteter, die sich freiwillig engagieren, gibt es bisher keine empirisch gesicherten Erkenntnisse. In einer Veröffentlichung des Instituts für Soziale Infrastruktur (Stiehr & Stiehr 2016) werden Völkerverständigung und Umwelt- und Naturschutz als Haupttätigkeitsbereiche freiwillig engagierter geflüchteter Menschen identifiziert.

Die Studie ist jedoch nicht repräsentativ und die Befragung auf Hessen beschränkt. Ein großer Teil der Arbeit findet im informellen Rahmen statt. Es liegt nahe, dass geflüchtete Menschen aufgrund ihrer Sprachkenntnisse, der eigenen Migrationserfahrungen (auch wenn diese ganz unterschiedlich ausfallen können) und ihrer Erfahrungen in Deutschland in der freiwilligen Arbeit im Bereich Flucht und Asyl eine wichtige Unterstützung darstellen können (Speth & Becker 2016: 10). Diejenigen, die sich schon länger in Deutschland aufhalten, können bspw. eine Vermittlerrolle gegenüber den Neuangekommenen einnehmen.

Darüber hinaus sind viele Geflüchtete in Deutschland auch politisch engagiert. Die politische Selbstorganisation geflüchteter Menschen erfolgt in zunehmend stabilen Strukturen. Verschiedenen Vereine, Gruppen und Initiativen⁶ sind Foren, in denen gemeinsame Interessen formuliert und verfolgt werden. Hier stellt sich die Frage, wie viele der neuankommenden Geflüchteten sich in diese bestehenden Strukturen einbringen werden. Zu erwarten ist auch, dass neue Initiativen entstehen. Dazu engagieren sich Geflüchtete auch in Parteien oder Verbänden und anderen Akteuren der Zivilgesellschaft. In späteren Working Papers wird „Perspektive Teilhabe“ einen Fokus auf dieses Thema legen.

Das Hauptmotiv sich zivilgesellschaftlich zu engagieren, ist für viele Geflüchtete, dass sie trotz des Arbeitsverbots einer sinnvollen Beschäftigung nachgehen wollen. Dabei können sie ihre eigenen Fertigkeiten und Kenntnisse einbringen, Anerkennung erlangen und durch positive Erfahrungen aus ihrer strukturell diskriminierten gesellschaftlichen Position heraus Selbstachtung zurückgewinnen (Stiehr & Stiehr 2016: 4). Dies wirkt sich mental positiv aus (z. B. Stabilisierung nach Traumata), fördert die körperliche Gesundheit und bietet zahlreiche Lernchancen (Laschet 2010: 3 zit. in Stiehr & Stiehr 2016: 5). Im Falle politischen Engagements ist daneben das Hauptziel, die gemeinsamen politischen Ziele zu erreichen und sich im politischen Diskurs Gehör zu verschaffen.

Unterstützung vonseiten der Zivilgesellschaft und durch politische Bildung

Um geflüchteten Menschen Wege in das zivilgesellschaftliche Engagement aufzuzeigen, sind insbesondere die Akteure der etablierten Zivilgesellschaft gefragt, indem sie Möglichkeiten freiwilliger Arbeit anbieten. Die Einbindung einer neuen Zielgruppe ist jedoch keine Aufgabe, die sich aus der alltäglichen Arbeit ergibt und geht über die eingespielten Abläufe der etablierten Organisationen bzw. der Initiative u. ä. hinaus. Dazu müssen gezielt Ressourcen eingesetzt werden. Sie erfordert anfangs einen hohen Zeitaufwand und den andauernden Einsatz finanzieller und personeller Mittel. Hier sind auch Verwaltung und Kommunen gefragt, zivilgesellschaftliche Organisationen in diesem Prozess zu unterstützen (Stiehr & Stiehr 2016: 20f.). Es sollten zu Beginn in Kooperation mit der zu erreichenden Zielgruppe niedrig-

⁶ Z. B. „Refugees Emancipation e. V.“, „Jugendliche ohne Grenzen“, „Women in Exile“, „The VOICE Refugee Forum“, „Refugee Radio Network“.

schwellige Angebote entwickelt werden, die auf deren Bedürfnisse eingehen. Durch ein breites Themen-, Methoden- und Sprachenspektrum, aber auch durch sensible Wahl von Ort und Zeit bis hin zur Gestaltung des Werbematerials kann Ängsten und Unsicherheiten vorgebeugt werden.

Eine Inklusion Freiwilliger mit Fluchterfahrung kann durchaus Reibungspunkte in Organisationen auf tun. Hier bieten sich Schulungen für deren Mitglieder durch Akteure der politischen Bildung in gemischten Gruppen an, um die gegenseitige Akzeptanz und die Konfliktfähigkeit zu verbessern. Gesammelte Erfahrungen sollten aufbereitet und verfügbar gemacht werden. Ein wichtiges Anliegen, insbesondere für Geflüchtete, die auf dem Arbeitsmarkt diskriminiert werden oder aufgrund ihres Status einem Arbeitsverbot unterliegen, ist eine formelle Leistungsanerkennung, die in späteren Bewerbungsverfahren genutzt werden kann (Stiehr & Stiehr 2016: 28ff.). Handlungsleitend sollte der Grundsatz sein, Geflüchteten von Anfang an Partizipation und Engagement zu ermöglichen (sei es in Form einer Geflüchtetenvertretung in der Gemeinschaftsunterkunft oder durch niedrigschwellige Angebote zivilgesellschaftlicher Organisationen), um ihnen Wege aus der institutionalisierten Passivität zu eröffnen (Roth 2016: 2).

9. Zusammenfassung

Freiwilliges Engagement von und mit Geflüchteten kann Ausdruck gesellschaftlicher Teilhabe sein, wenn es so angelegt ist, dass eine demokratische Kultur der gemeinsamen Entscheidungsfindung befördert und realisiert wird. Wenn Spielräume eröffnet werden, in denen Teilhabe erlebt werden kann, ist dies ein Beitrag dazu, die demokratische Kultur und das individuelle Selbstverständnis als aktiver Teil eines Gemeinwesens zu stärken.

Durch seine Vielfalt und Verbreitung kann zivilgesellschaftliches Engagement dazu beitragen, in Deutschland das Selbstverständnis einer Einwanderungsgesellschaft zu stärken. Es stellt eine Brücke zur Aufnahmegesellschaft dar und unterstützt geflüchtete Menschen dabei, eine Vorstellung der eigenen Gestaltungsmöglichkeiten in der neuen Gesellschaft zu entwickeln, indem es negative Erfahrungen ausgleicht und die seelisch-emotionalen Voraussetzungen für Geflüchtete schafft, sich aktiv in die Gesellschaft einzubringen. Gemeinsam können in diesem Feld Geflüchtete und Menschen ohne Fluchtgeschichte die gesellschaftlichen Verhältnisse von morgen gestalten und auf eine Akzeptanz von Vielfalt und den Abbau von Barrieren gleichberechtigter Teilhabe hinwirken. Akteure politischer Bildung sollten die Freiwilligen in diesem Prozess unterstützen und als Partner begreifen.

Die demographische Struktur der Engagierten gleicht sich zunehmend dem Bevölkerungsdurchschnitt an. Dies gilt sowohl hinsichtlich des Alters als auch der Erwerbsstruktur, nicht jedoch bezüglich des Geschlechts – drei Viertel der Freiwilligen sind Frauen. Ein Großteil ist

zudem erst seit kurzer Zeit in der Arbeit mit Geflüchteten aktiv. Fast alle verfolgen mit ihrer Tätigkeit das Ziel, die Gesellschaft im Kleinen mitzugestalten. Die Organisationsstrukturen sind häufig spontan entstanden und befinden sich derzeit in einem Prozess der funktionalen Ausdifferenzierung und Professionalisierung. Viele arbeiten selbstorganisiert und treffen Entscheidungen basisdemokratisch. Erfahrenere Engagierte übernehmen zudem häufig koordinative Aufgaben, was als Hinweis für eine Verstetigung der Tätigkeit gewertet werden kann. Dieser Prozess zeigt zum einen die mögliche zukünftige Relevanz der „neuen Freiwilligen“ für die Zivilgesellschaft als auch einen Unterstützungsbedarf durch Formate der politischen Bildung. Insbesondere aufgrund des häufig geringen Vorwissens sind die Akteure politischer Bildung gefragt, gemeinsam mit den Freiwilligen Prozesse und Strukturen zu entwickeln, die gelebte demokratische Alltagspraxis und neue Formen des Engagements unterstützen. Um demokratische Wertestrukturen und Handlungsmuster in der breiten Gesellschaft zu verankern, stellen die zivilgesellschaftlich in der Geflüchtetenhilfe Engagierten eine interessante Zielgruppe für die politische Bildung dar.

Eine Herausforderung des bürgerschaftlichen Engagements besteht darin, eine Engagementkultur zu entwickeln, die beinhaltet, Auseinandersetzungen und die Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen möglichst konstruktiv und effektiv zu gestalten. Damit dies gelingt, ist es hilfreich, wenn geflüchtete Menschen in diesen Diskurs einbezogen werden. Darüber hinaus sollten die Verwaltung oder Mittelgeber unterstützende und koordinierende Maßnahmen nicht primär zur Steuerung, sondern zur Unterstützung einsetzen. Die Akteure politischer Bildung können an dieser Stelle eine vermittelnde Position einnehmen. Ein besonderer Fokus sollte darauf liegen, die Selbstorganisationen geflüchteter Menschen dabei zu unterstützen, in diesem Diskurs ihre Anliegen selbst formulieren und vertreten zu können. Außerdem sollte einer psychischen Belastung der Freiwilligen entgegengewirkt und bei ihnen und bei geflüchteten Menschen eine Reflexion über möglicherweise vorhandene Vorurteile angestoßen und unterstützt werden.

Eine Aufgabe politischer Bildung kann darüber hinaus sein, Aufmerksamkeit auf die Lebenssituation Geflüchteter zu lenken, um dazu zu ermutigen, sich aktiv für die Verbesserung der Lebensumstände geflüchteter Menschen einzusetzen. Auch in diesem Sinne verwirklicht freiwilliges Engagement mit Geflüchteten einen Leitgedanken gesellschaftlicher Teilhabe, der auf die Verantwortung aller Teile der Gesellschaft abstellt, das gemeinsame Zusammenleben gut zu gestalten. Die gesellschaftliche Teilhabe geflüchteter Menschen ist aufgrund rechtlicher Bestimmungen in vieler Weise eingeschränkt. Auf dem Arbeitsmarkt, durch mangelnde Bildungschancen und fehlende Anerkennung bestehender Qualifikationen, durch Einschränkungen in der Gesundheitsversorgung und sozialstaatlicher Leistungen sowie die segregierende Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften werden sie strukturell benachteiligt und ihnen ihr Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe erschwert.

Politische Bildung kann zur Verbesserung der Handlungsfähigkeit Geflüchteter beitragen, indem sie in entsprechenden Formaten Gesellschaft als veränderbar vermittelt und konkrete Gestaltungsmöglichkeiten auch im Alltag aufzeigt. So kann die demokratische Kultur aller im Bereich Flucht und Asyl engagierten Gruppen gestärkt werden. Dazu bedarf es eines gleichberechtigten Zugangs zu Teilhabechancen. Freiwilliges Engagement kann geflüchteten Menschen eine Möglichkeit bieten, sich aus der strukturell bedingten Position der Abhängigkeit zu lösen und selbst gestalterisch tätig zu werden. Dies bedingt einen Öffnungsprozess der zivilgesellschaftlichen Organisationen und der Akteure politischer Bildung, denn Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft kann nur verwirklicht werden, wenn Geflüchtete diese mitgestalten.

Literaturverzeichnis

Ahrens, P.-A. (2015). *Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen in Deutschland*. Abgerufen am 07.11.2016, von https://www.ekd.de/si/download/Fluechtlinge_21.12.15.pdf.

Ahrens, P.-A. (2016). *Skepsis oder Zuversicht? Erwartungen der Bevölkerung zur Aufnahme von Flüchtlingen zwischen November 2015 und August 2016*. Abgerufen am 07.11.2016, von <https://www.ekd.de/si/download/Fluechtlingsstudie%209.2016.pdf>.

Aumüller, J.; Daphi, P. & Biesenkamp, C. (2015). *Die Aufnahmen von Flüchtlingen in den Bundesländern und Kommunen – Behördliche Praxis und zivilgesellschaftliches Engagement*. Stuttgart: Robert Bosch Stiftung.

Bartelheimer, P. (2007). *Politik der Teilhabe – Ein soziologischer Beipackzettel*. in Fachforum FES, Arbeitspapier 1/2007. Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Besand, A. & Hölzel, T. (2015). Eine inklusive Zukunft in der politischen Bildung ermöglichen! Das Zentrum für inklusive politische Bildung (ZipB). In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *Inklusion – Wege in die Teilhabegesellschaft* (S. 435-440). Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Bojadzijev, M. & Wiedemann, C. (2016). „Das ist auch eine politische Mobilisierung“. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *»Welcome to Germany V« – Zivilgesellschaftliches Engagement* (S. 16-21). Abgerufen am 07.11.2016, von <https://www.boell.de/sites/default/files/2016-03-wtg-zivilgesellschaftliches-engagement.pdf>.

Bremer, H. & Kleemann-Göhring, M. (2015). »Defizit« oder »Benachteiligung« – Zur Dialektik von Selbst- und Fremdausschließung in der politischen Bildung. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *Inklusion – Wege in die Teilhabegesellschaft* (S. 435-440). Frankfurt/New York: Campus Verlag.

Daphi, P. (2016). Zivilgesellschaftliches Engagement für Flüchtlinge und lokale „Willkommenskultur“. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Zufluchtsgesellschaft Deutschland* (S. 35-39), Aus Politik und Zeitgeschichte, 14-15/2016. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Dünnwald, S. (2006). *Der pädagogische Griff nach dem Fremden: zur Haltung lokaler Initiativen gegenüber Flüchtlingen in der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main: IKO-Verlag für Interkulturelle Kommunikation.

Gesemann, F. & Roth, R. (2015). *Integration ist (auch) Ländersache! Schritte zur politischen Inklusion von Migrantinnen und Migranten in den Bundesländern* (2. Aufl.). Berlin: Friedrich Ebert Stiftung.

Hamann, U.; Karakayali, S.; Wallis, M.; Höfler, L. J. (2016). *Koordinationsmodelle und Herausforderungen ehrenamtlicher Flüchtlingshilfe in den Kommunen – Qualitative Studie des Berliner Instituts für empirische Integrations- und Migrationsforschung*. Gütersloh: Bertelsmann Stiftung.

Han-Broich, M. (2015). Engagement in der Flüchtlingshilfe – eine Erfolg versprechende Integrationshilfe. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Engagement* (S. 43-49), Aus Politik und Zeitgeschichte, 14-15/2015. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Institut für Demoskopie Allensbach (2016). *Situation und Strategien in den Kommunen – Zum Umgang mit der aktuellen Zuwanderung von Asylsuchenden*. Abgerufen am 07.11.2016, von http://www.ifd-allensbach.de/uploads/tx_studies/Fluechtlingssituation_Kommunen.pdf.

Johansson, S. (2016). *Was wir über Flüchtlinge (nicht) wissen – Der wissenschaftliche Erkenntnisstand zur Lebenssituation von Flüchtlingen in Deutschland*. Berlin: Forschungsbereich beim Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR).

Karakayali, S. & Kleist, J. O. (2015). *EFA-Studie: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit (EFA) in Deutschland, 1*. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2014. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).

Karakayali, S. & Kleist, J. O. (2016). *EFA-Studie 2: Strukturen und Motive der ehrenamtlichen Flüchtlingsarbeit in Deutschland, 2*. Forschungsbericht: Ergebnisse einer explorativen Umfrage vom November/Dezember 2015. Berlin: Berliner Institut für empirische Integrations- und Migrationsforschung (BIM).

Klein, A. (2015). *Bedarfe der Engagementförderung in der Flüchtlingshilfe*. Newsletter für Engagement und Partizipation in Deutschland, 20/2015. Abgerufen am 07.11.2016, von <http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/10/newsletter-20-klein.pdf>.

Krüger, T. & Stognienko, M. (2016): Die Rolle der politischen Bildung bei der Auseinandersetzung mit den Ideologien der Ungleichwertigkeit. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *Ideologien der Ungleichwertigkeit* (S. 84-92). Berlin: Heinrich Böll Stiftung.

Mutz, G.; Costa-Schott, R.; Hammer, I.; Layritz, G.; Lexhaller, C.; Mayer, M.; Poryadina, T.; Ragus, S. & Wolff, L. (2015). *Engagement für Flüchtlinge in München – Ergebnisse eines Forschungsprojekts an der Hochschule München in Kooperation mit dem Münchner Forschungsinstitut miss*. Abgerufen am 07.11.2016, von <http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2015/10/newsletter-21-abschlussbericht.pdf>.

Nilhüfer, S. (2015). *Einwanderung und demokratische Partizipation: Dokumentation der Werkstattgespräche Migration/Integration des Landesbüros Niedersachsen der Friedrich-Ebert-Stiftung zwischen November 2013 und Dezember 2014*. Hannover: Friedrich Ebert Stiftung.

Roth, R. (2016). *Netzwerkimpuls »Integration braucht Beteiligung – Partizipation und Engagement von und mit Flüchtlingen«* (Stand: 14. Juni 2016). Abgerufen am 07.11.2016, von http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de/fileadmin/Inhalte/PDF-Dokumente/netzwerkimpuls_fluechtlinge/nbb_netzwerkimpuls_fluechtlinge_160614.pdf.

Schönfelder, S. (2016). Politische Bildung ist gefordert. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *Ideologien der Ungleichwertigkeit* (S. 57-65). Berlin: Heinrich Böll Stiftung.

Simonson, J.; Vogel, C. & Tesch-Römer, C. (2016). *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Der Deutsche Freiwilligensurvey 2014*. Berlin: Deutsches Zentrum für Altersfragen (DZA).

Speth, R. & Bojarra-Becker, E. (2016). *Zivilgesellschaftliche Akteure und die Betreuung geflüchteter Menschen in deutschen Kommunen*. Abgerufen am 07.11.2016, von <https://difu.de/publikationen/2016/zivilgesellschaftliche-akteure-und-die-betreuung.html>.

Staskiewicz, M. (2016): Zwischen Dank und Drohung: Supervision für Freiwillige im Flüchtlingsbereich – Gibt es eine neue Generation an Freiwilligen?. *Organisationsberatung, Supervision, Coaching*, 23, S. 211-220. DOI: 10.1007/s11613-016-0459-z.

Stiehr, K. & Stiehr, N. (2016). „*Potentiale von Geflüchteten anerkennen – Soziale Integration durch Förderung von Bürgerschaftlichem Engagement und Selbstorganisation*“. Abgerufen am 07.11.2016, von https://soziales.hessen.de/sites/default/files/media/hsm/studie_be_fluechtlinge.pdf.

Ulu, T.; Byakuleka, B. B.; & Arps, J. O. (2016). „Nur Essen austeilen alleine reicht nicht“. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *»Welcome to Germany V« – Zivilgesellschaftliches Engagement* (S. 27-33). Abgerufen am 07.11.2016, von <https://www.boell.de/sites/default/files/2016-03-wtg-zivilgesellschaftliches-engagement.pdf>.

Uslucan, H.-H. (2015). Freiwilliges Engagement von Zuwanderern. In: Bundeszentrale für politische Bildung (Hrsg.), *Engagement* (S. 28-35), Aus Politik und Zeitgeschichte, 14-15/2015. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung.

Wiedemann, C. (2016). Einleitung. In: Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.), *»Welcome to Germany V« – Zivilgesellschaftliches Engagement* (S. 5-10). Abgerufen am 07.11.2016, von <https://www.boell.de/sites/default/files/2016-03-wtg-zivilgesellschaftliches-engagement.pdf>.

Wolf, G. (2015). Normalität Migration. In: Diakonisches Werk der evangelischen Kirche in Württemberg e.V. (Hrsg.), *Woher komme ich? Reflexive und methodische Anregungen für eine rassismuskritische Bildungsarbeit* (S. 36-39). Stuttgart: Diakonisches Werk Württemberg.

Zick, A. & Preuß, M. (2016). *Einstellungen zur Integration in der Bevölkerung: Kurzbericht zum Projekt ZuGleich – Zugehörigkeit und Gleichwertigkeit*. Abgerufen am 07.11.2016, von https://www.stiftung-mercator.de/media/downloads/3_Publikationen/Zugleich_Kurzbericht_2016.PDF.

Impressum

„Perspektive Teilhabe – Unterstützung von Ehrenamtlichen in der Flüchtlingsarbeit
– Ermöglichung gesellschaftlicher Teilhabe für Geflüchtete“ ist ein Projekt von



Minor – Projektkontor für Bildung und Forschung e. V.
Alt-Moabit 73
10555 Berlin
www.minor-kontor.de

Autor/-innen: Julius Linnert und Tanja Berg
Gestaltung: Wolfgang Stärke

Gefördert von der Bundeszentrale für politische Bildung und der Robert Bosch Stiftung



Robert Bosch **Stiftung**